Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich außer Sonn- und Festtags.

Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 16), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 60, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 65, auswärts 65 Reichspfennig.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12294.

Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Löhnitz), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Löhnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 31 und 91, Löhnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 3216. Drahtanschrift: Volksfreund Kursachsen.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Zweigstellen bis 10 Uhr. Ohne Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen heute an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Rechtzeitigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Aufgabe von verlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht bewilligt.

Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 36. Donnerstag, den 11. Februar 1932. 85. Jahrg.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß die Verwaltung und Nutznießung des Kaufmanns **Max Emil Eberlein** in **Aue** an dem Vermögen seiner Ehefrau **Marie Hildegard Eberlein geb. Wenzel**, daselbst, durch Ehevertrag vom 9. Februar 1932 ausgeschlossen worden ist.

Amtsgericht Aue, den 9. Februar 1932.

Sonnabend, den 13. Februar 1932, 11 Uhr sollen in **Schneeberg: 1 Serviertisch, 1 Glasaufsatz, 1 Schreibtisch, 2 Anrichten, 1 Stoffmeßapparat, 1 Brückenwaage, 1 Schnellwaage, 1 elektr. Motor, 45 Badeanzüge, 36 Damenschlüpfer** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Treffpunkt der Bieter: Gastw. Zentralhalle.

Die Vollstreckungsstelle des Finanzamts Aue.

Freitag, den 12. Februar 1932, vorm. 9 Uhr soll in Grünhain **1 rotes Plüschsofa** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. O 4637/31

Sammelort der Bieter: Gasthof zum Löwen.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Nutz-, Brennholz- und Reisigversteigerung auf Raschauer Staatsforstrevier.

Freitag, den 19. Februar 1932 ab nachm. 1/2 3 Uhr sollen im Gasthaus zur Georgenburg in Raschau

123 fl. **Klöße** 8/9 cm mit 5 fm, 319 Stck. 10/14 cm mit 21 fm, 295 Stck. 15/19 cm mit 33 fm, 203 Stck. 20/24 cm mit 36 fm, 1363 Stck. 25/29 cm mit 346 fm, 650 Stck. 30/34 cm mit 229 fm, 222 Stck. 35/pp. cm mit 106 fm, 3,5/4,5 m lg. sowie 24 rm fl. Nutzknüppel, 82 rm fl. Brennscheite II./III. Kl., 35 rm fl. Brennknüppel, 3 rm fl. Zacken, 36 rm fl. Brennäste, 49 rm fl. Brenn- und Streureisig, aufbereitet in den Kahlschlägen Abt. 2, 3, 31, 42, 36, 60 und Dlg. Abt. 9

unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden. Das unterzeichnete Forstamt erteilt über obige Hölzer nähere Auskunft.

Forstamt Raschau. Forstkasse Schwarzenberg.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds" in Aue, Schneeberg, Löhnitz und Schwarzenberg eingesehen werden

---

Italien als Anwalt Deutschlands.

Wann zieht die Reichsregierung die Folgerungen?

Kursänderung dringend notwendig.

Nach den Berichten aus Genf ist der Eindruck der Rede des Reichskanzlers, von der die Berliner Regierungspresse so sehr schwärmte, durch den gestrigen Vorstoß des italienischen Außenministers arg abgeschwächt worden. Während Dr. Brüning die schwierigen Probleme gewissermaßen nur durch die Blume angedeutet hat, hat sein römischer Kollege frei von der Leber weg gesprochen und sozusagen der Katze die Schelle umgehängt. In Paris hat man keine Anstrengung, die Antikriegsrede Grandis in den Spiegel zu stecken, die ganz offensichtlich gegen die frivolen und dreisten Ausführungen Tardieus und die ganze Politik des Kabinetts Laval gerichtet war. Daß der Italiener die deutsche Sache eindrucksvoller vertreten habe als Dr. Brüning selbst, wird übereinstimmend von verschiedenen Genfer Berichterstattern festgestellt. Der „unerhörte Mut", mit dem Grandi die Aufhebung der ungleichen Behandlung Deutschlands gefordert hat, wird auch von der deutschen Abordnung neidlos anerkannt und als eine „Tat von außerordentlich großer Bedeutung" bewertet. Hoffentlich zieht man nun in Berlin endlich die Folgerungen aus dem Eintreten Italiens für Deutschland und läßt es nicht mehr zu, daß roter Unverstand und rote Böswilligkeit jeden Faden zerschneiden, der von dem Tiber zur Spree gesponnen wird. Loslösung der amtlichen Außenpolitik von der SPD., das ist das erste Erfordernis, wenn Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt und damit der Weltfriede gesichert werden soll!

•

Auf dem Wege über den Sahm-Ausschuß geht das nicht. Es wird immer offenbarer, daß seine Aktion dazu dienen soll, die Grundsätze, nach denen die deutsche Innen- und Außenpolitik bisher betrieben worden ist, zu verewigen. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände, die ebenso wie die sonstigen nationalen Organisationen trotz aller Verehrung für den Reichspräsidenten dem Sahm-Ausschuß ferngeblieben sind, veröffentlichen jetzt eine Erklärung, die durchaus das Richtige trifft. Es heißt in ihr:

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands sehen mit tiefem Bedauern, daß der Name Hindenburgs von den Parteien, die ihn vor sieben Jahren auch unter Hinweis auf sein damaliges Alter geschmäht haben, jetzt für ihre internationalen, pazifistischen und atheistischen Parteiziele noch weiter mißbraucht werden soll, als es leider bisher schon geschehen ist. Wir selbst halten das Zusammengehen mit Ullstein, Mosse und „Vorwärts" für nationalen Selbstmord.

•

Wie notwendig eine Kursänderung in der Außenpolitik ist, beweist auch die neue litauische Herausforderung Deutschlands. In Berlin beschränkt man sich darauf, einen Papierkrieg zu führen, der von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt ist und den Litauern nur Gelegenheit gibt, die deutsche Regierung vor dem Völkerbundsrat in Gassenjungenmanier anzupöbeln. Was sich die Kownoer Regierung in dieser Hinsicht durch ihre letzte Note an den Rat geleistet hat, ist eine unerhörte Frechheit, die selbst der deutschen Linken zu denken geben sollte. Warum macht die Reichsregierung eigentlich nicht von den wirksamen Mitteln Gebrauch, die ihr zu Gebote stehen: dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Sperrung der Grenze? Besonders der Boykott litauischer Waren (die Ausfuhr des Ländchens geht zu 60 Prozent nach Deutschland) würde seinen Eindruck nicht verfehlen, und der Außenminister Zaunius (den, wie er noch Saunus hieß und preußischer Staatsangehöriger war, als Gymnasiast und Student ein königliches Stipendium von jährlich 900 Mk. seine Ausbildung ermöglichte) würde sich schleunigst aus seiner Pseudobettruhe nach Genf begeben. ⊙

Der Angriff Grandis.

Aus der gestrigen Rede des italienischen Außenministers Grandi, deren Inhalt der „E. V." bereits in der Mittwochnummer mitgeteilt hatte, entnehmen wir noch folgende markante Stellen:

„Es gibt zwei Wege, die nach meiner Auffassung zu nichts führen können: der eine ist der Weg der Abrüstungsdemagogie, der andere der Weg der Abrüstungssophistik. Unsere Arbeit muß sich auf die Notwendigkeit begründen, das Abrüstungsproblem in praktischer Weise zu lösen und uns nach den internationalen Verpflichtungen zu richten, die wir eingegangen sind. Diese Verpflichtungen sind positiv und klar. Sie sind im Teil 5 der Friedensverträge, in den Statuten des Völkerbundes und im Protokoll von Locarno in einer Form niedergelegt, die weder Zögern noch Ungewißheit zuläßt. Die Fortsetzung der unfruchtbaren Aussprache über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Sicherheit würde bedeuten, daß wir in den Fehler verfallen, den ich die Abrüstungssophistik genannt habe. Die Tatsache zeigt uns, daß es ohne Abrüstung keine Sicherheit geben kann. Wir befinden uns auf der schiefen Ebene eines neuen Wettrüstens, das um so beängstigender ist, als man diese Erscheinung bei dem düsteren Hintergrund der Wirtschaftskrise, die alle Länder erfaßt hat, betrachtet.... Jedes militärische Uebergewicht ist zwangsläufig dazu bestimmt, auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen seinen Druck fühlbar werden zu lassen, und es ist müßig, zu hoffen, daß es diesen Druck immer im Dienste der Gerechtigkeit ausüben werde. Es handelt sich für die Konferenz jetzt darum, dem Rechte mehr Macht und nicht der Macht mehr Rechte zu geben. ... Der Ruf nach einer gemeinsamen Aktion wird solange toter Buchstabe bleiben, als einzelne Mitgliedsstaaten eine so mächtige Rüstung behalten, daß jedes Streben nach einem gemeinsamen Vorgehen vor dem Dilemma eines Mißerfolges oder eines blutigen Krieges Halt machen muß. Wenn man eine Politik des unbeugsamen Egoismus verfolgt, eine Politik des Unverständnisses der lebendigen Kräfte der Geschichte, eine Politik der Rüstungen, so werden die wesentlichen Voraussetzungen des Friedens ganz natürlich wegfallen."

Ueber die Methode der Abrüstung erklärte Grandi: „Der Regierungschef meines Landes hat zwei Hauptpunkte für die italienische Haltung aufgestellt: Die Gleichberechtigung aller Staaten und Ausgleich der Streitkräfte auf dem niedrigsten Niveau. ... Die Friedensverträge bestimmen unzweideutig, daß die militärischen Verpflichtungen, die gewisse Staaten übernommen haben, den Anfang einer allgemeinen Abrüstung darstellen. Diese Bestimmungen sollten nicht für diese Staaten den Zustand dauernder Unterlegenheit schaffen, sondern sie stellten, wie es der Präsident der Friedenskonferenz feierlich erklärt hat, „den ersten Schritt zu jener allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen dar, die die alliierten und assoziierten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhütung des Krieges erstreben". Es war also nicht eine Verpflichtung, die eine Staatengruppe gegenüber einer anderen Gruppe übernommen hat. Es war eine allgemeine Verpflichtung eines jeden von uns gegenüber allen anderen. ... Die schwersten Opfer in der Abrüstung müssen von den stärksten Staaten verlangt werden, aber das ist nur gerecht. Die am stärksten bewaffneten Staaten haben am wenigsten zu fürchten und müssen mit gutem Beispiel vorangehen, sie müssen zuerst auf die Waffen verzichten, die wesentlich für einen Angriffskrieg bestimmt sind. Nach Abschaffung dieser Kriegsmittel wird man leichter und rascher zu einem Abkommen über Verminderung und quantitative Begrenzung der anderen Rüstungen gelangen."

Neue freche Antwort Litauens.

Genf, 10. Febr. Der litauische Außenminister hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, es seien keine Rechtsverletzungen im Memelgebiet vorgekommen und die Behauptungen der deutschen Note über die Notwendigkeit der dringlichen Einberufung des Völkerbundsrats wegen einer besonders ernsten Lage im Memelgebiet entbehrten jeder Begründung. Es habe sich keinerlei Zwischenfall ereignet. Was die früheren Schritte der Reichsregierung wegen angeblicher Verletzungen des Memelstatuts durch Litauen betreffe, welche die deutsche Note erwähne, so sei daran zu erinnern, daß auf Grund der erwähnten Schritte keinerlei Verletzung des Memelstatuts festgestellt worden sei und daß die Reichsregierung im gegenwärtigen Fall den Tatsachen, die zur Absetzung des Präsidenten Böttcher führten, nicht fernstehe. Zaunius erklärt zum Schluß, daß er entschlossen sei, Litauen persönlich vor dem Völkerbundsrat zu vertreten, aber zu seinem Bedauern sich nicht vor dem 28. Februar nach Genf begeben könne.

•

Königsberg, 10. Febr. Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amte war, ist am Dienstag ebenfalls von dem „Landesdirektor" Tolischus gewaltsam seines Amtes enthoben worden. Tolischus erschien im Zimmer Szigauds und forderte ihn in barschem Ton auf, ihm die Schlüssel zu übergeben, worauf Szigaud ihm erwiderte, das könne er nicht, da er sich noch im Amte befinde. Tolischus verließ darauf das Amtszimmer, holte sich drei Polizeibeamte, die im Vorzimmer postiert wurden, und gab nunmehr Szigaud den Befehl, das Zimmer zu räumen. Szigaud mußte nunmehr der Gewalt weichen.

Kowno, 10. Febr. Wie hier verlautet, wird Landespräsident Böttcher nach Kowno gebracht werden, wo gegen ihn vor dem Kriegsgericht verhandelt werden wird.

Trabanten Frankreichs nehmen das Wort.

Nach Grandi sprach der Japaner, der ganz und gar die französische These verfocht. Auffällig war, daß er für das U-Boot eintrat und erklärte, diese Waffe sei nicht anders als alle anderen auch. Im übrigen wies er auf die besondere Lage seines Landes hin und formulierte den Satz, daß man „auch bei der Abrüstung die größte Vorsicht" walten lassen müsse.

Danach nahm der Pole Zaleski das Wort, der sehr bald auf die zahlreichen Invasionen hinwies, denen sein Land in den vergangenen Jahrhunderten ausgesetzt worden sei. Er sprach des längeren von „irregulären Banden", deren Bestehen untersucht werden müsse. Ob er die polnischen Banden, die Wilna überfallen hatten, oder die Banden, die in Oberschlesien Revolution machten, meinte? Er trat dann weiter für eine genaue Untersuchung der verschiedenen Militärbudgets ein und lobte den Tardieuschen Entwurf natürlich und verlangte vor allem moralische Abrüstung, das Wort, das eine halbe Stunde vorher Grandi als böswillig bezeichnet hatte, da es nur zur Vernebelung der praktischen Arbeit dienen würde.

•

Genf, 10. Febr. Die Wirkung der Rede Grandis war sehr stark. Großer Beifall wurde ihm gezollt, als er Gleichberechtigung für alle Staaten forderte und mit besonderer Betonung erklärte, daß die einseitigen Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht dazu da seien, eine ständige militärische Unterlegenheit Deutschlands und seiner Verbündeten gegenüber den anderen Staaten zu schaffen. Daß der Vertreter einer hochgerüsteten Großmacht die Formel gebrauchte, die militärisch stärksten Staaten müßten auf der Abrüstungskonferenz die größten Opfer bringen, daß der Vertreter einer Großmacht, die sich bisher ungehindert am internationalen Wettrüsten beteiligen konnte, so energisch die Abrüstung der großen Militärmächte forderte und damit die Forderungen aufstellte, die auch selbstverständlich deutsche Forderungen sind, ist besonders zu begrüßen. Grandi wurde nach Schluß seiner Rede von mehreren Delegierten, darunter von Nadolny, Gibson und Simon herzlichst begrüßt.

Chefbesprechung über die Bankenfrage.

Noch kein Ergebnis.

Berlin, 10. Febr. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand heute eine Chefbesprechung über die Bankenfrage statt. Der Sitzung wohnte der Reichsbankpräsident Dr. Luther und der Reichskommissar für das Bankgewerbe, Dr. Ernst, bei. Eine Entscheidung über die geplante Fusion zwischen der Danat- und der Dresdner Bank wurde noch nicht getroffen. Vermutlich wurde zunächst über die Möglichkeit der Bereitstellung neuer Reichsmittel zu diesem Zwecke beraten. Außerdem sind noch eine ganze Reihe anderer sehr komplizierter Einzelfragen zu klären, so daß noch mehrere Tage vergehen dürften, ehe die Entscheidung des Kabinetts getroffen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.